

Allgemeine Anträge
zum
4. Mitglieder-Bezirksparteitag der CDU Südbaden

Nr.	Thema	Antragsteller/in	Seite
1	Steuerbremse	Mittelstandsvereinigung Südbaden	2
2	Erhöhung der Polizeipräsenz	Frauen Union Südbaden	3
3	Religionsfreiheit	Frauen Union Südbaden	3
4	Mitgliederbeteiligung in der CDU	AK Bürgerbeteiligung der CDU Südbaden	4
5	Finanzierung für qualifiziertes Personalmanagement	Gabriele Hauck, KV Freiburg	6
6	Finanzierung für bauliche Sanierung der Justizvollzugsanstalten	Gabriele Hauck, KV Freiburg	6
7	Bau des SC Fußballstadions Freiburg	Junge Union Emmendingen und Freiburg	7
8	Stilllegung des AKWs Fessenheim	KV Freiburg	7

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller: MIT Südbaden
Betrifft: Steuerbremse

Der CDU-Bezirksverband Südbaden fordert die Umsetzung:

Steuerbremse muss kommen!

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung einer Steuerbremse aus, um die heimlichen Steuererhöhungen durch die Kalte Progression zu beseitigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten und noch in der aktuellen Wahlperiode in den Deutschen Bundestag einzubringen. Die Unionsfraktionen in den Ländern werden aufgefordert, entsprechende Anträge in die Landesparlamente einzubringen und eine Initiative im Bundesrat zu starten. Die Bestandteile der Steuerbremse:

1. Künftig muss eine automatische Anpassung des Einkommensteuertarifes an die Inflation erfolgen. Der Grundfreibetrag und der Eckwert beim Spitzensteuersatz sollen automatisch und in regelmäßigen Abständen an die Inflation angepasst werden.
2. Die Steuerbremse muss gesetzlich fest verankert werden, damit ein beliebiges Aussetzen der Steuerbremse durch die Politik verhindert wird. Nur in besonderen Haushaltsnotlagen kann der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates den Automatismus für ein Jahr aussetzen.
3. Grundsätzlich gilt: Es muss an der Haushaltskonsolidierung und dem Schulden-Stopp festgehalten werden. Aber alle künftigen finanziellen Spielräume, etwa durch Steuerermehreinnahmen, freiwerdende Mittel, Subventionsabbau oder Veräußerungseinnahmen müssen mit oberster Priorität für die Einführung der Steuerbremse verwendet werden.
4. Die Finanzminister in Bund und Ländern müssen sich verpflichten, die Zuwächse aus der Kalten Progression spätestens ab 2018 in der Mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr zu berücksichtigen.
5. Der Start zur Einführung der Steuerbremse muss noch in der aktuellen Wahlperiode erfolgen. Die Steuerbremse soll spätestens zum 1.1. 2017 in Kraft treten.
6. Eine „Gegenfinanzierung“ der Steuerbremse durch Steuererhöhungen an anderer Stelle lehnen wir grundsätzlich ab.

Begründung:

Die heimliche Steuererhöhung durch die Kalte Progression ist ungerecht. Sie führt dazu, dass vielen Steuerzahlern unter dem Strich weniger Kaufkraft als im Jahr vor der Lohnerhöhung bleibt. Der Beseitigung dieser Ungerechtigkeit hat sich die Union in vielen Beschlüssen und Wahlprogrammen verpflichtet. Es gilt, Wort zu halten und diese Forderung mit konkreten politischen Maßnahmen zu untermauern. Die Steuerbremse muss noch in dieser Wahlperiode in Angriff genommen und kassenwirksam werden. Bei der Einführung der Steuerbremse darf es nicht um eine einmalige Einkommensteueranpassungen gehen. Mit der Steuerbremse muss ein Automatismus zur regelmäßigen Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Infla-

41 tion festgeschrieben werden. Unser Versprechen „keine Steuererhöhung“ muss auch für die heimlichen Steu-
42 ererhöhungen durch die Kalte Progression gelten.

1 **Antrag Nr. 2**

2 **Antragsteller: Frauen Union Südbaden**

3 **Betrifft: Erhöhung der Polizeipräsenz**

4
5 **Antrag des FU-Bezirksdelegiertentages an den 4. Mitgliederbezirksparteitag am 22.11.2014**

6
7 Der Mitgliederbezirksparteitag möge beschließen, dass die Landesregierung aufgefordert wird:

8 Die Erhöhung der Polizeipräsenz entsprechend der Kriminalitätserhöhungen in der Stadt sowie in
9 der Fläche zu veranlassen. Es muss zudem einen verbesserten und beschleunigte Datenausbau der
10 Kriminalitätsstatistik mit Zugriffsmöglichkeiten von Behörden und ganz besonders der einzelnen
11 Polizeidienststellen eingerichtet werden. Besonders für Frauen müssen neue Schutzfaktoren zur
12 Verbesserung der Sicherheit in Kriminalitätsbezirken ergriffen werden.

13 Polizisten dürfen nicht die Prügelknaben der Nation werden.

14
15 **Begründung:**

16 Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten und dem EU-Beitritt mehrerer
17 südosteuropäischer Länder sind die Fallzahlen sprunghaft angestiegen. Anstieg der Wohnungseinbrüche laut
18 Polizeistatistik um 15,5% auf 149.000 im Jahr 2013, Anstieg der schweren Taschendiebstähle 2013 auf
19 135.617. Schwere Ladendiebstähle sind ein großes Problem. Hochmobile gewerbsmäßige Banden stehlen „auf
20 Bestellung“.

1 **Antrag Nr. 3**

2 **Antragsteller: Frauen Union Südbaden**

3 **Betrifft: Religionsfreiheit**

4
5 **Antrag des FU-Bezirksdelegiertentages an den 4. Mitgliederbezirksparteitag am 22.11.2014**

6
7 Der Mitgliederbezirksparteitag möge beschließen die Bundesregierung aufzufordern:

8 Sich weltweit für die Religionsfreiheit besonders für Verfolgte wie z.B. Christen einzusetzen.

9 Die Freiheit, den eigenen Glauben frei leben zu dürfen, ist ein Menschenrecht und kein Vorrecht
10 bestimmter Gruppen von Menschen.

11
12 **Begründung:**

13 Christen sind die am meisten verfolgte Religionsgruppe in der ganzen Welt.

14 Die Freiheit zur Ausübung der Religion muss, für alle religiösen Gruppen viel mehr, als bisher, langfristig in
15 der Sicherheits- und Außenpolitik und in diplomatischen Beziehungen eingebunden werden.

16 Dies wäre auch als Bedingung für humanitäre Hilfe oder sonstiger Unterstützung sicherlich zu thematisieren.

1
2 **Antragsteller: AK Bürgerbeteiligung der CDU Südbaden**

3 **Betrifft: Mitglieder gestalten Zukunft**

4
5 Der Mitglieder-Bezirksparteitag möge beschließen:

6
7 **Die CDU Südbaden befürwortet folgende Thesen des AK Bürgerbeteiligung und leitet sie an**
8 **Die höheren Parteiebenen weiter:**

9
10 **CDU: Mitglieder gestalten Zukunft!**

11 Nur wenn die CDU als Mitmachpartei erlebt wird, hat die Mitgliedschaft für die Bürgerinnen und
12 Bürger einen Mehrwert. Dabei gilt es, Gutes beizubehalten und gleichzeitig für Neues offen zu
13 sein. Mit folgenden 10 Punkten lädt der AK Bürgerbeteiligung zum Mitdiskutieren und aktiven
14 Mitgestalten ein.

15
16 **1. Neue Informationswege nutzen!**

17 Wir versuchen alle Medien zu erschließen. Die Informationsfülle muss gebündelt und gezielt
18 gesteuert werden. Oft genügt es aufzuzeigen, wie man sich bei Interesse ausführlich über ein
19 Thema informieren kann.

20
21 **2. Fragen sind willkommen!**

22 Oft ist schwer verständlich, wer für welches Thema Ansprechpartner ist. Hier könnten
23 Mitgliederbeauftragte sowie ein zentrales Fragen-Portal der CDU helfen: Sie können Ihr Anliegen
24 an dieses richten. Die CDU sucht den zuständigen Ansprechpartner.

25
26 **3. Dabei sein leicht gemacht!**

27 Unsere Veranstaltungen sollen barrierefrei und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar
28 sein. Außerdem bieten wir nach Möglichkeit Livestreams (Übertragung ins Internet) von
29 öffentlichen Veranstaltungen der CDU an. Der zeitliche Aufwand einer Teilnahme soll absehbar
30 sein. Eine straffe Tagesordnung und ein stärkerer Fokus auf die Diskussion können dabei helfen.
31 Die CDU-Satzung muss so entschlackt werden, dass Formalitäten auf ein Mindestmaß reduziert
32 werden.

33 **4. Transparenz von oben nach unten**

34 Wir wünschen uns eine noch bessere Information und Vernetzung zwischen Verbänden,
35 Mandatsträgern, Fraktionen und den CDU-Mitgliedern. Das Mitgliedernetz CDU plus
36 (www.cduplus.de) könnte man hierfür noch stärker nutzen.

37 **5. Wir schreiben und bestimmen mit!**

38 Die Möglichkeiten für Mitglieder, an Positionspapieren, Wahlprogrammen und Anträgen
39 mitzuschreiben,
40 sollten weiter ausgebaut werden. Hierbei muss ein angemessener zeitlicher Vorlauf eingehalten
41 werden. Zu
42 den Vorschlägen erhalten die Mitglieder Rückmeldungen. Bei der Ausarbeitung von
43 Koalitionsverträgen
44 muss die Basis die Möglichkeit zur Beteiligung haben.

45

46 **6. Diskussionen unter den Mitgliedern zulassen und anstoßen!**

47 Wo die Nachfrage besteht, sollten auf den unteren CDU-Ebenen und in sozialen Netzwerken
48 Diskussionsplattformen angeboten werden. Hierbei könnten (Noch-)Nicht-Mitglieder einbezogen
49 werden. So kann den Teilnehmern u.a. die Möglichkeit gegeben werden, sich frühzeitig zu
50 Positionen von Parteigremien etc. zu Wort zu melden. Klare Verhaltensregeln („Netiquette“) sind
51 unerlässlich.

52

53 **7. Meinungsbild der Basis einholen!**

54 Die CDU sollte kurzfristige Umfragen und Mitgliederentscheide zu Sachfragen ermöglichen.

55

56 **8. Keine Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Hinterzimmer!**

57 Wir fordern eine rechtzeitige Mitwirkung der Parteimitglieder bei der Kandidatenfindung für
58 Vorstände und Mandatsträger, da spontane Kandidaturen in der Praxis eher selten sind.

59

60 **9. Mitgliederoffene Veranstaltungen!**

61 Wir befürworten mitgliederoffene Parteitage, Regionalkonferenzen, Fachkongresse,
62 Zielgruppenveranstaltungen etc.

63

64 **10. Online-Mitgliedschaft ermöglichen!**

65 Die Mobilität insb. jüngerer Bürgerinnen und Bürger bringt es mit sich, dass sie sich manchmal
66 nicht dauerhaft in einem Orts- und Kreisverband engagieren können, aber die CDU mit einer
67 Mitgliedschaft unterstützen und bei bestimmten Themen mitdiskutieren möchten. Wir schlagen
68 eine Online-Mitgliedschaft vor, durch die sie dieselben Mitgliedsrechte bzgl. Diskussion und
69 Information wie ein „normales“ Mitglied haben.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antragstellerin: Gabriele Hauck, KV Freiburg

Betrifft: Finanzierung für qualifiziertes Personalmanagement

Zur Beratung, Abstimmung und Beschlussfassung

Finanzierungsantrag für qualifiziertes Personalmanagement für den notwendigen Aufgabenbereich der Integration und der Rehabilitation von Straftätern, zwischen 12 und 25 Jahren, in den JVA's und in der stationären und ausserstationären Betreuung

beim 4. Bezirksmitgliederversammlung, in Appenweier, am 22.11.2014 über den CDU Landesverband an die Landesregierung

Begründung:

Die zunehmende Gewaltbereitschaft von immer jünger werdenden Tätern, zwischen 12 und 25 Jahren, fordert die CDU heraus, die bestehenden Konzepte des Kultusministeriums, des Integrationsministeriums und des Justizministeriums auf seine finanzielle Belastbarkeit hin zu untersuchen. Das Kultusministerium hat hier in Zusammenarbeit mit den Türkischen Konsulaten in einem Tandemprojekt zwischen Schule und Elternhaus erste Erfolge aufzuweisen, die für alle Menschen mit Migrationshintergrund Schule machen könnten und deshalb für die Zukunft eine noch bessere finanzielle Ausstattung, in den Kommunen Baden- Württembergs, benötigen.

Im Personalmanagement werden zukünftig jedoch vernetztere und qualitativ besser geschulte Fachkräfte benötigt, die den gestiegenen Anforderungen in den Berufen der Straßensozialarbeit, der Schulpsychologie, der Fachpädagogik, der Fachpsychologie und der Psychiatrie besser gewachsen sind, als dies bislang noch der Fall ist. Dies gilt für sämtliche Aufgaben der Integration, der Inklusion und Rehabilitation.

Besonders die sozialen Dienste in Angliederung an das Justizministerium BW benötigen, wie sie selbst bereits gefordert haben, eine „Fitnesskur“, ich ergänze : eine konzeptionelle und eine finanzielle Fitnesskur. Im Bereich des Vollzugswesens beispielsweise wurden eigene Unternehmensbetriebe aufgebaut, Handwerksmeister sind bei der Ausbildung behilflich. Das Vertrauen der Arbeitgeber, Aufträge an den Landesbetrieb für vollzugliches Arbeitswesen zu erteilen, muss neu gestärkt werden, indem dieser für die Wiedereingliederung so entscheidende Sektor, im Vollzug, den modernen Erfordernissen, für das Leben außerhalb des Justizvollzugs, gerechter wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

Antragstellerin: Gabriele Hauck, KV Freiburg

Betrifft: Finanzierung für bauliche Sanierung der Justizvollzugsanstalten

Zur Debatte und Abstimmung der stimmberechtigten Mitglieder auf dem 4. Bezirksmitgliederversammlung, in Appenweier, am 22.11.2014, sowie zur Beschlussfassung des Bezirksvorstandes:

Finanzierungsantrag an die Bundesregierung für die bauliche Sanierung der Justizvollzugsanstalten

Begründung:

Die Liste des Positionspapiers "Kante für Südbaden" geht bereits auf wichtige Bauvorhaben des Bundes ein.

13 Ich teile die Meinung des Bundes, dass Sanierungsvorhaben im Verkehrsbereich in den nächsten Jahren Vor-
14 rang haben vor dem Neubau von Verkehrswegen. Die gleiche Prioritätensetzung sehe ich bei Bauvorhaben
15 von öffentlichen Gebäuden. Bisher vermisse ich jedoch eine Mitgliederdebatte zu den Sanierungsvorhaben
16 im Bereich der Justizvollzugsanstalten. In Ergänzung meines Antrages 1 möchte ich diese Debatte anregen.

1 **Antrag Nr. 7**

2 **Antragstellerin: Junge Union Emmendingen und Freiburg**

3 **Betrifft: Bau des SC-Fußballstadions in Freiburg**

4
5
6

7 Die CDU Südbaden spricht sich für den Bau eines neuen Fußballstadions des SC Freiburg am
8 geplanten Standort Wolfswinkel aus und fordert die Landesregierung auf, den SC Freiburg bei
9 diesem Projekt, ebenso wie den Karlsruher SC beim Neubau dessen Stadions, finanziell zu
10 unterstützen.

11

12 **Begründung:**

13 Der SC Freiburg ist nicht nur für die Stadt Freiburg, sondern auch für die Region Südbaden von großer
14 Bedeutung. Heimspiele sind Erlebnisse für die ganze Familie und ziehen Besucher aus der ganzen Region
15 Südbaden an. Bisher gibt es jedoch keine feste Zusage der Grün-Roten Landesregierung, wie dies zum
16 Beispiel bereits beim Karlsruher SC mit einem Zuschuss von 11 Millionen Euro der Fall sei, den Sportclub
17 finanziell zu unterstützen.

18 Der Sportclub ist mehr als nur Profifußball. Eine beachtliche Summe seiner erwirtschafteten Gewinne fließt
19 jedes Jahr in die Fußballschule und auch in den Breitensport in der gesamten Region über den badischen
20 Sportbund. Nicht nur die Stadt Freiburg, sondern die gesamte Region profitiert von einem gut aufgestellten
21 Sportclub. Nach der aktuellen Gutachtenlage steht dem Standort Wolfswinkel nichts mehr im Weg, daher
22 muss das Projekt im Sinne der ganzen Region nun so schnell wie möglich realisiert werden. Im Gegenteil, der
23 Standort biete viele Synergieeffekte z.B. mit der 11. Fakultät der Universität Freiburg und auch den
24 Fraunhofer Instituten, so dass auch dadurch das Land Baden-Württemberg mit in der Verantwortung stehe.

1 **Antrag Nr. 8**

2 **Antragstellerin: Kreisverband Freiburg**

3 **Betrifft: Stilllegung des AKWs Fessenheim**

4
5
6

7 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden möge beschließen:

8

9 Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich - entsprechend des Beschlusses vom Bundesparteitag
10 vom 13.-15. November 2012 in Leipzig - gegenüber Frankreich für die Stilllegung des
11 Kernkraftwerks Fessenheim bis spätestens Ende 2016 einzusetzen.

12

13 **Begründung:**

14 Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande hat 2012 angekündigt, dass das dicht an der deutschen
15 Grenze liegende Kernkraftwerk Fessenheim bis Ende 2016 stillgelegt werden wird. Diese klare Ankündigung
16 ist von Umweltministerin Royal Anfang Oktober 2014 öffentlich in Frage gestellt worden.

17

16 Hintergrund ist, dass im französischen Gesetzesentwurf zur Energiewende eine Höchstmenge von aus
17 Kernkraft produzierten Strom festgelegt wird und die Frage, welches Kernkraftwerk Ende 2016 (wenn das
18 neue KKW Flamenville ans Netz geht) stillgelegt wird, erst Mitte 2015 entschieden wird. Ministerin Royal hat
19 jetzt Überlegungen angestellt, aus wirtschaftlichen Gründen möglicherweise einem innerfranzösischen
20 Standort für die Schließung den Vorzug zu geben.

21
22 Fessenheim ist aber das älteste Kernkraftwerk Frankreichs und nicht ausreichend sicher, insbesondere im
23 Falle eines Erdbebens, gerade mit Blick auf mangelnden Hochwasserschutz.

24
25 2.
26 Die Forderung gegenüber unseren französischen Freunden ist sachlich begründet und kann glaubwürdig
27 erhoben werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund der geplanten französischen
28 Gesetzeslage ohnehin ein Kernkraftwerk (2 Reaktoren) stillgelegt werden sollen. Denn Fessenheim ist das
29 Kernkraftwerk, das am dichtesten an der deutschen Grenze liegt. Im Falle einer Evakuierung aufgrund eines
30 Reaktorunglücks wären 400.000 deutsche Mitbürgerinnen/er unmittelbar betroffen.

31
32 Die Bevölkerung im Grenzgebiet hat aber Anspruch auf die gleiche Sicherheit wie in allen anderen Teilen
33 Deutschlands, gerade auch vor dem Hintergrund, dass es einen parteiübergreifenden Konsens über die
34 Beendigung der Nutzung der Kernkraft in Deutschland gibt und wir selbst die Kernkraftwerke planmäßig
35 stilllegen..

36
37 3.
38 Auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands am 13-15. November 2012 in Leipzig wurde folgender
39 Beschluss nach ausführlicher Diskussion gefasst

40
41 „1. Die Grundsatzposition der Bundesregierung zu Kernkraftwerken auch gegenüber benachbarten Staaten
42 mit grenznahen Kernkraftwerken zu vertreten.

43 2. Entsprechend dieser Grundsatzposition sich für die Stilllegung grenznaher Kernkraftwerke einzusetzen,
44 insbesondere, wenn sie nicht den Sicherheitsanforderungen der Deutschen Reaktorsicherheitskommission
45 entsprechen (Terroristische Angriffe, Flugzeugabstürze)“.

46
47 In der logischen Folge dieses Beschlusses fordern wir jetzt konsequenterweise konkret den Einsatz der
48 Bundesregierung gegenüber Frankreich, damit Fessenheim bis spätestens Ende 2016 stillgelegt wird.